

671

Dienstag, 23. April 1940.

Wahl von Herrn Wladyslaw  
Raczkiewicz zum Präsidenten  
der Republik Polen.

Politisches Departement. Antrag vom 19. April 1940.

Mit Note vom 12. Februar letztthin hat die polnische Gesandtschaft dem Politischen Departement ein Schreiben übermittelt, mit dem der Präsident der polnischen Republik, Herr Wladyslaw Racziewicz, den Bundesrat von seinem Amtsantritt in Kenntnis setzt.

Das Politische Departement hat nicht verfehlt, die heikle Frage, ob und in welcher Form diese Notifikation beantwortet werden solle, aufmerksam zu prüfen und hat insbesondere darauf gehalten, durch eine Umfrage bei andern neutralen Staaten - mit Einschluss des nichtkriegführenden Italiens - sich über deren Haltung zu erkundigen. Das Ergebnis dieser Umfrage lässt sich zusammenfassen wie folgt:

Die Niederlande und Spanien hatten die Notifikation des polnischen Staatspräsidenten noch nicht erhalten und sahen daher keine Veranlassung, ihre Stellungnahme zum voraus festzulegen. Immerhin wurde unserm Gesandten auf dem Ministerium des Auswärtigen in Madrid gesagt, dass andere Mitteilungen der dortigen polnischen Gesandtschaft, wie z.B. die Bekanntgabe der Verlegung des Sitzes der polnischen Regierung nach Angers, unbeantwortet gelassen worden seien. Italien hat die Notifikation erhalten, jedoch von einer Beantwortung abgesehen. Belgien hat seinerseits eine Umfrage veranstaltet und hatte, angesichts des Fehlens verschiedener Antworten, noch keinen Entscheid getroffen. Dagegen waren die am 25. Februar in Kopenhagen versammelten skandinavischen Aussenminister der übereinstimmenden Meinung, es liege kein Grund vor, die Notifikation des Amtsantrittes des Präsidenten der polnischen Republik nicht in der üblichen Weise zu beantworten.

Die Stellungnahme Italiens und Spaniens, die durch die politische Einstellung dieser Staaten bedingt wird, dürfte kaum für die Schweiz wegleitend sein. Das Departement ist der Ansicht, dass unsere Haltung derjenigen Schwedens, Norwegens und Dänemarks entsprechen sollte. Solange der Bundesrat an seinem Beschluss vom 9. Januar d.J. festhält, dahingehend, an der Stellung der polnischen Gesandtschaft in Bern nichts zu ändern und Herrn Minister Martin weiterhin als Gesandten in Polen zu betrachten, scheint einer Beantwortung des Schreibens des Präsidenten der polnischen Republik nichts entgegenzustehen. Das Politische Departement hat am 6. Oktober 1939 den Empfang der Note bestätigt, mit der am



170

1. Oktober die polnische Gesandtschaft ihm den Amtsantritt und die Vereidigung des Präsidenten Raczkiewicz zur Kenntnis gebracht hatte. Antragsgemäss wird

b e s c h l o s s e n ,

die übliche Antwort an den Präsidenten der polnischen Republik zu richten.

Seiner Exzellenz Herrn Wladyslaw Raczkiewicz, Präsident der polnischen Republik;

Protokollauszug ans Politische Departement (3 Expl.) unter Rückschluss der Beilagen und mit der Antwort in Original und Kopie zwecks Uebermittlung.

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:

*L. Eininger*

Mit Worts vom 12. Februar letzten hat die polnische Gesandtschaft dem Departement ein Schreiben überreicht, mit dem der Präsident der polnischen Republik, Herr Wladyslaw Raczkiewicz, den Botschafter von seinem Amtsantritt in Kenntnis setzt.  
Das politische Departement hat nicht verfehlt, die heilige Frage, ob und in welcher Form diese Hoffnungen beantwortet werden sollte, zu prüfen und hat insbesondere darauf geachtet, durch eine Umfrage bei andern neutralen Staaten - als hinsichtlich der nichtverpflichtenden Teilnehmern - sich über deren Haltung zu erkundigen. Das Ergebnis dieser Umfrage lässt sich zusammenfassen wie folgt:  
Die Niederlande und Spanien hatten die Hoffnungen der polnischen Staatsvertreter nicht erfüllt und waren daher keine Vermittler, ihre Beziehungen zum voraus festzulegen. Dagegen wurde manern Gemächtern mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Madrid gesagt, dass weitere Mitteilungen der dortigen polnischen Gesandtschaft, wie z.B. die Bekanntgabe der Verlegung des Sitzes der polnischen Regierung nach Lüttich, beantwortet werden sollen. Italien hat die Hoffnungen erfüllt, jedoch von einer Beantwortung abgesehen. Belgien hat sich ebenfalls eine Umfrage veranlasst und hatte, angesichts des Problems veranschlagter Antworten, noch keinen Rückschluss gezogen. Gegenüber dem am 25. Februar in Kopenhagen versammelten skandinavischen Ausschuss der Vereinstammenden Meinung, es liege kein Grund vor, die Hoffnungen des Amtsantritts des Präsidenten der polnischen Republik nicht in der üblichen Weise zu beantworten.  
Die Beziehungen zwischen Italien und Spanien, die durch die politische Einstellung dieser Staaten bedingt wird, dürfte kaum für die Schweiz weitgehend sein. Das Departement ist der Ansicht, dass unsere Haltung derjenigen Schweden, Norwegen und Dänemark anzusprechen sollte. Solange der Botschafter an seinem Posten vor dem am 1. Januar d. J. festhält, dahingehend, an der Stellung der polnischen Gesandtschaft in Bern nichts zu ändern und Herrn Minister Martin weiterhin als Gesandten in Polen zu betrauen, nachdem einer Beantwortung des Schreibens des Präsidenten der polnischen Republik nicht entgegenzustehen. Das politische Departement hat am 8. Oktober 1939 den Empfang der Note bestätigt, mit der es